

| |
|-----------------|
| Eingangsvermerk |
|-----------------|

Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis zum Betrieb eines Versteigerungsgewerbes gemäß § 34b Gewerbeordnung (GewO)

Antragstellerin/Antragsteller

Name, Vorname, Geburtsname

Geburtsdatum

Geburtsort/-land

Anschrift (Straße und Haus-Nr., PLZ und Ort)

Staatangehörigkeit

bei Ausländern Aufenthaltstitel bis

erteilt durch

Juristische Person

Bezeichnung

Handelsregistereintrag beim Amtsgericht

Nr. der Eintragung im Handelsregister

Firmensitz (Straße und Haus-Nr., PLZ und Ort)

vertretungsberechtigte Personen (Namen, Vornamen)

Anschrift vertretungsberechtigter Personen (Straße und Haus-Nr., PLZ und Ort)

Angaben zur Zuverlässigkeit (bei juristischen Personen für vertretungsberechtigte Personen)

Ein Führungszeugnis für Behörden (§§ 30, 31 Bundeszentralregistergesetz) ist

nicht beigelegt.

beigelegt.

Eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister (§ 150 Abs. 1 Gewerbeordnung) ist

nicht beigelegt.

beigelegt.

Ich bin

nicht vorbestraft

vorbestraft

Falls ja, Angabe des Urteils mit Datum und Aktenzeichen sowie Art und Höhe der Strafen

Gegen mich ist

kein Strafverfahren anhängig

ist ein Strafverfahren anhängig

Falls ja, bei welcher Staatsanwaltschaft oder welchem Gericht sowie erhobene Anschuldigung

Ein Handelsregisterauszug

ist beigelegt

wird nachgereicht

Eine Steuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigung

ist beigelegt

wird nachgereicht

Angaben zum Betrieb

Betriebsstätte, falls abweichend vom Firmensitz

Anschrift (Straße und Haus-Nr., PLZ und Ort)

Beabsichtigte Zweigniederlassungen

Anmerkungen

Ich versichere die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehend gemachten Angaben. Mir ist bekannt, dass das Versteigerungsgewerbe erst nach Erteilung der Erlaubnis betrieben werden darf.

Ort, Datum

Unterschrift

Freiwillige Angaben

| | |
|---------|--|
| Telefon | |
| E-Mail | |

Belehrung zu personenbezogenen Daten (Art. 13 DSGVO)

Ihre personenbezogenen Daten sind erforderlich bei der Bearbeitung gewerberechtlicher Erlaubnisse. Rechtsgrundlage der Verarbeitung Ihrer freiwilligen Angaben ist Ihre Einwilligungserklärung. Die s. g. Pflichtangaben werden nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung erhoben.

Sie haben die Möglichkeit, Ihre freiwilligen Angaben jederzeit mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung bleibt die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung unberührt. Nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung sind Sie verpflichtet die s. g. Pflichtangaben anzugeben. Wenn Sie die erforderlichen personenbezogenen Daten nicht angeben, kann Ihr Antrag nicht bearbeitet werden.

Das anliegende Hinweisblatt zum Datenschutz ist Teil dieser Belehrung.

Ich willige der Verarbeitung meiner Daten ein. Die anliegende Belehrung zu dieser Einwilligung habe ich gelesen. Den Inhalt und insbesondere meine Rechte habe ich zur Kenntnis genommen.

Ort, Datum

Unterschrift

Datenschutzerklärung für Informationspflichten des Art. 13 DSGVO (Antragsformular GewO)

Ihre personenbezogenen Daten werden zum Zwecke von gewerberechtlichen Entscheidungen verarbeitet. Rechtsgrundlage dieser Verarbeitung sind Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e) DSGVO und die Gewerbeordnung.

Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ist gesetzlich vorgeschrieben, erfolgt aber auch auf freiwilliger Basis. Rechtsgrundlage der Verarbeitung Ihrer freiwilligen Angaben ist Ihre Einwilligungserklärung. Sie haben die Möglichkeit, Ihre freiwilligen Angaben jederzeit mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung bleibt die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung unberührt.

Pflichtangaben werden auf Grundlage der Gewerbeordnung erhoben. Sofern Sie Ihre personenbezogenen Daten nicht bereitstellen, kann die Gewerbebehörde weitere Ermittlungsmaßnahmen treffen. Zudem kann die Gewerbebehörde Ihren Antrag wegen fehlender Mitwirkung ganz oder teilweise ablehnen.

Ihre Daten werden je nach Fallgestaltung zwischen 30 Jahren und dauerhaft gespeichert. Der Speicherzeitraum beginnt mit dem Zeitpunkt der Erhebung.

Ihre personenbezogenen Daten werden je nach Fallgestaltung an folgende Dritte übermittelt: Meldebehörde, Gewerbebehörde, Steuerbehörde, Bundesamt für Justiz, Polizeibehörde, Amtsgericht, Verwaltungsgericht, Gerichtsvollzieher, Staatsanwaltschaft, Gesundheitsamt, Lebensmittelkontrolle, Ausländerbehörde, Baubehörde, Vollstreckungsbehörde, Berufsgenossenschaft, Bewacherregister, Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer, sonstige Behörden und öffentliche Stellen innerhalb der Verwaltungseinheit.

Den Landkreis Verden als verantwortliche datenverarbeitende Stelle können Sie per E-Mail unter info@landkreis-verden.de oder postalisch unter Landkreis Verden – Der Landrat -, Lindhooper Straße 67, 27283 Verden (Aller), kontaktieren.

Sie können außerdem den Datenschutzbeauftragten des Landkreises Verden per E-Mail unter datenschutz@landkreis-verden.de oder postalisch ebenfalls unter der oben genannten Adresse kontaktieren.

Sie können gegenüber dem Landkreis Verden folgende Rechte geltend machen:

- Recht auf Auskunft über Ihre hier verarbeiteten Daten
- Recht auf Berichtigung unrichtiger Ihrer hier verarbeiteten Daten
- Recht auf Vervollständigung Ihrer hier verarbeiteten Daten
- Recht auf Löschung Ihrer hier verarbeiteten Daten
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer Daten
- Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde
- Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung Ihrer Daten
- Recht auf Datenübertragbarkeit, d. h. zur Herausgabe der über Sie verarbeiteten Daten in einem strukturierten Format

Ihr Beschwerderecht können Sie unter anderem bei der Niedersächsischen Aufsichtsbehörde für den Datenschutz, der Landesbeauftragten für den Datenschutz in Niedersachsen wahrnehmen.